Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann in Stettin
Schulzenstraße Nr. 17

Abonnementspreis vierteljährlich in Stettin 1⅓ Thlr.,
außerhalb 1½ Thlr.
Insertionsgeb.: für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner  Zeitung

105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung."

No. 220. Abend-Ausgabe. Freitag den 11. Mai. 1860.

Amtliche Nachrichten.

Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, Allergnädigst geruht:

Dem ordentlichen Professor an der Universität zu Halle a. S., Geheimen Medizinalrath Dr. Krukenberg, und dem Rechts-Anwalt und Notar, Geheimen Justizrath Hellwig zu Berlin, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, so wie dem Kanzlisten Graf zu Halle a. S. und den Steuer-Aufsehern Wahnelt zu Hirschberg und Wunsch zu Uerdingen im Kreise Crefeld, das Allgemeine Ehrenzeichen, ferner dem Tribunals-Rath Foerster zu Königsberg in Pr. den Charakter als Geheimer Justiz-Rath zu verleihen; den Kaufmann und Schwedisch-Norwegischen Konsul Schiller in Memel zum Kommerzien-Rath und kaufmännisch-technischen Mitgliede der Schifffahrts- und Handlungs-Deputation bei dem Kreisgericht in Memel zu ernennen; dem Domainen-Polizei-Verwalter, Rittmeister a. D. de la Bruyère zu Stallupönen im Regierungs-Bezirk Gumbinnen den Charakter als Domainen-Rath und dem Hauptsteueramts-Kontroleur Bastmann zu Erfurt, bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste, den Charakter als Rechnungs-Rath; so wie dem Kreis-Physikus des Stadtkreises Potsdam, Dr. Steinhausen, den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen; und den seitherigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Zeitz, Magistrats-Assessor und Kämmerer Hartisch, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernerweite sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Dem Rechtsanwalt und Notar Weddige zu Steinfurt ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Rheine gestattet, und der Advokat Julius Nolden in Düsseldorf zum Anwalt bei dem dortigen Landgerichte ernannt worden.

Der Baumeister Friedrich Wilhelm Haupt ist zum Königlichen Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeisterstelle zu Oels verliehen worden.

Landtag.
Abgeordnetenhaus.
49. Sitzung am 10. Mai.

Bei der Berathung über die Petition des jüdischen Dr. phil. Joseph Arnheim in Berlin, dahin gehend, sein Gesuch um die Erlaubniß zur Abhaltung des pädagogischen Probejahres an einem Gymnasium oder einer Realschule beim Staatsministerium zu befürworten, bei welcher die Kommission Ueberweisung an die Staats-Regierung zur Berücksichtigung beantragt, äußert sich der Kultus-Minister v. Bethmann-Hollweg: Wo die Stiftungs-Urkunde eines Gymnasiums eine bestimmte Konfession vorschreibe, müsse derselben unzweifelhaft Folge gegeben werden; verbürgt aber würde der konfessionelle Charakter hauptsächlich durch die Personen der Lehrer. Dieser Rechtszustand würde verletzt werden, wenn ein Jude als Lehrer, als Mitglied des Schul-Kollegiums angestellt würde. Die Schule dürfe unmöglich religionslos sein, sie müsse eine bestimmte Stellung zu einer bestimmten Religion einnehmen, und so sei es in der That in Preußen; seit 10 Jahren habe faktisch jede Schule einen konfessionellen Charakter. Was die Hülfslehrer betreffe, so würde, da denselben jede Berechtigung fehle, indem sie keinen Einfluß besitzen, ein jüdischer Lehrer, den innerer Beruf zum Lehramte getrieben, selbst zu stolz sein, eine solche Stelle anzunehmen; was jedoch den Probandus betreffe, so würde z. B. kein Vater versuchsweise einem jüdischen Lehrer sein Kind auf ein Jahr anvertrauen, und wenn das richtig wäre, so würde auch keine Lehranstalt einen Probandus zulassen.

Abg. Ritter: Der christliche Staat habe die große Mission von Gott, alle unchristlichen Elemente in sich aufzunehmen, nicht dadurch, daß man christliche Tendenzen vertrete, nicht dadurch, daß man Missionen unterstütze, sondern dadurch, daß man allen Konfessionen volle Gleichberechtigung in allen Punkten zugestehe. Er habe deshalb allen Maßregeln des Ministers des Innern, welche nach diesem Ziele gingen, mit Freuden zugestimmt, und könne demselben die Versicherung geben, daß diese Maßregeln in seinem Wahlkreise, einem ländlichen Kreise, die vollste Zustimmnung gefunden hätten, und zwar nicht aus Indifferentismus, sondern aus christlicher Toleranz (Widerspruch links). In einer christlichen Staatsschule sei ein Jude als Lehrer nicht zuzulassen, es sei aber etwas Anderes mit allen übrigen höheren Lehranstalten. Der jüdische Lehrer werde gezwungen, sich die christliche Bildung, die christliche Anschauung nach und nach anzueignen, und er sehe nicht ein, weshalb ein jüdischer Lehrer nicht in allen den Gegenständen, wie Mathematik, Sprachkunde ꝛc., eben so segensreich solle wirken können, wie ein christlicher Lehrer. Man möge jüdischen Lehrern doch einmal Gelegenheit geben, zu beweisen, daß eine Lehranstalt keinen Schaden leide durch ihre Anstellung. Im Namen des Geistes des Christenthums, im Namen des Geistes der Verfassung stimme er für den Kommissions-Antrag. (Bravo rechts.)

Abg. Veit: Die Differenz zwischen seinen und des Kultus-Ministers Ansichten in dieser Angelegenheit sei eine so tiefe, daß er auf ein näheres Eingehen auf dieselbe verzichten müsse, da die Tribüne kein Katheder sei. Der Minister habe aber gesagt, die Juden würden zu stolz sein, sich in derartige Stellen einzudrängen. Dieser Stolz könne jedoch erst dann eintreten, wenn sie die Ueberzeugung gewonnen, daß ihnen keine Berechtigung für diese Stellen zustände. Bis jetzt glaubten sie an diese Berechtigung, bis jetzt hielten sie fest an dem Berufe, den ihnen Gott in die Brust gepflanzt, auch an dem Berufe des Lehrers, und es würde dem Minister nicht gelingen, diese Unbequemlichkeiten durch seine Provokation zu beseitigen. (Bravo rechts.)

Kultusminister v. Bethmann-Hollweg: Er habe sagen wollen, die Juden würden zu stolz sein, Stellen einzunehmen, die sie doch nicht in ihrer Totalität ausfüllen könnten, weil ihnen eben die christliche Religion fehle.

Abg. v. Blanckenburg: Er wünsche und hoffe, daß es dem Abg. Ritter gelingen möge, an einem anderen Orte seine Zuhörer mehr davon zu überzeugen (Oh, oh, rechts), daß der Glaube an den Erlöser nicht allein in den Religionsunterricht gehöre, sondern auch das ganze Leben durchsäuern müsse; er hoffe ebenfalls, daß die Juden einst nur eine historische Erinnerung sein würden; er stehe aber für jetzt auf Seiten des Kultusministers und des Abg. v. Mallinckrodt und halte auch die Anstellung der Juden als Lehrer an Realschulen nicht für zulässig.

Für den Antrag des Abg. Dr. Gau (Uebergang zur Tages-Ordnung) erhebt sich die ganze Linke, die katholische Fraktion und die Minister; bei der Gegenprobe gegen den Antrag erheben sich die gesammten Fraktionen der Rechten. Die letzteren sind in der Majorität, die Tagesordnung ist also abgelehnt und damit die Ueberweisung an das Ministerium angenommen.

Zur Berathung kommt der Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Zölle und für Handel und Gewerbe über den Gesetz-Entwurf wegen der Stempelsteuer für Wechsel und die denselben steuerlich gleichstehenden Papiere bis zum Werthbetrage von 300 Thlrn.

Die Kommissionen empfehlen den Gesetz-Entwurf zur Annahme mit dem Zusatze, „für die Wechsel von 50 Thlr. bis 300 Thlr. werden Marken von 1, 2, 3 und 4 Sgr. ausgegeben, durch deren Aufklebung die Besteuerung erfolgen kann."

Die Abgeordneten Behrend (Danzig), Lette und Genossen beantragen folgenden Zusatz hinter §. 1: „Wechsel bis einschießlich 25 Thlr. bleiben jedoch von der Stempelsteuer bis zu dem Zeitpunkte frei, wo sie durch Girirung dem allgemeinen Verkehr übergeben werden — aus Rücksicht auf die Handwerkerbanken u. dgl., welche gegenwärtig fast nur auf Wechsel ihre Vorschüsse und Unterstützungen an kleine Handwerker gewähren; diese Darlehen beliefen sich meist nur auf Beträge unter 25 Thlr.

Finanzminister v. Patow: Er wolle die Gesichtspunkte der Regierung bei Einbringung des Gesetzes nochmals hervorheben. Die Regierung habe nicht auf eine finanzielle Mehr-Einnahme gerechnet, da das Gesetz im Gegentheil einen Ausfall ergeben werde. Sie habe auch nicht gedacht, sich die Handhabung der bestehenden Einrichtungen zu erleichtern; es werde im Gegentheil eine Erschwerung der Verwaltung folgen. Die Regierung habe sich lediglich durch die Bittschriften von Kaufleuten und Gewerbetreibenden, von Korporationen und dem jüngst hier versammelt gewesenen Handelstage bestimmen lassen. Glaube man, daß die Nachtheile überwiegend seien, so werde man es bei dem jetzigen Stande der Dinge lassen müssen. Die gemachten Aenderungsvorschläge könne die Regierung nicht annehmen. Wenn die Darlehnskassen ihre Wirksamkeit erschwert sehen würden, so müßten sie sich statt der Wechsel Schuldscheine ausstellen lassen; freilich biete das nicht die gewünschte Leichtigkeit zur Beitreibung der Forderungen, doch müsse man bedenken, daß bei Annahme des Amendements Behrend die Nachtheile, welche man beseitigen wollen, sich eher vervielfältigen würden. Man werde bei einem Geschäfte von 90 Thlr. künftig anstatt zwei vier Wechsel ausstellen. Er müsse sich auch gegen die Ersetzung des Stempels durch Marken erklären; er sei zwar über die Folgen des Markensystems nicht genau unterrichtet, doch wisse er, daß man in denjenigen Ländern, wo dieses System bestehe, bedenkliche Seiten an demselben wahrgenommen habe.

Das Amendement Lette-Behrend wird abgelehnt (dafür ein Theil der Fraktion Vincke); ebenso wird der §. 1 in der Fassung der Vorlage abgelehnt.

Der Finanzminister erklärt, daß er auf die fernere Berathung des Gesetzes keinen Werth lege. (Große Heiterkeit.)

Deutschland.

Berlin, 11. Mai. Der Corvetten-Capitän Köhler ist zur Uebernahme des Commandos von Sr. Maj. Schiff Barbarossa und der Matrosen-Division von hier nach Danzig abgegangen.

— Die Anklage wider den Dr. Eichhoff zu Berlin wegen seiner Artikel in Betreff des Kölner Kommunistenprozesses, der Röderschen Konzessions-Entziehung und die Lindenbergsche Begnadigung, und der daraus sich ergebenden Beleidigungen gegen den Polizei-Direktor Stieber sind gestern nach mehrtägiger Verhandlung bis zum Plaidoyer des Staatsanwalts gediehen, der gegen Eichhoff 18 Monate Gefängniß und gegen den Mitangeklagten Holdheim 2 Mon. Gefängniß beantragte. Das Erkenntniß ist bis zum künftigen Mittwoch ausgesetzt.

— Die von der Kreuzzeitungspartei in Umlauf gesetzte Adresse gegen die politischen Rechte der Juden hat in der Gegend von Nakel (Provinz Posen) Anlassung zur Abfassung einer, besonders von Landbewohnern unterzeichneten Adresse an das Haus der Abgeordneten in entgegengesetztem Sinne gegeben. Es heißt darin: Was auch falsche Freunde im Namen der ländlichen Besitzer und Bauern aussagen mögen, jeder echt preußische Landbewohner will, daß jeder Unterthan des Königs, gleichviel, ob Bürgerlicher, Adeliger oder Bauer, zu welcher Religion er sich auch bekennen mag, gleiche Pflichten und auch gleiche Rechte habe. Die preußischen Thaler, mit welchen die Unterthanen die Steuer zahlen sind alle gleich, und so müssen auch alle Steuerzahler, ohne Unterschied des Standes und der Religion, gleiche Rechte genießen. Dies erklären wir, um die Annahme der neuen Kreisordnung bittend, dem Landtage als die echte, altpreußische Gesinnung aller gutgesinnten Landbewohner. Wer in unserem Namen Zurücksetzungen und Beschränkungen für einzelne Stände und Bekenner verlangt, der lügt.

Danzig, 9. Mai. Da es sich als wünschenswerth herausgestellt hat, daß die hier in der Ausrüstung begriffenen Kanonen-Dampfböte mehr als blos die beiden ihnen ursprünglich bestimmten (schweren) Geschütze erhalten, es zu einem solchen Mehr auf ihnen am Platz auch nicht fehlt, so soll eins derselben (der Fuchs) versuchsweise noch mit einem dritten Geschütz versehen werden, und wenn sich der Versuch bewährt, diese Mehrarmirung auch auf alle übrigen Kanonendampfböte ausgedehnt werden. — Das preußische Provinzial-Sängerfest, an dessen Zustandekommen in diesem Jahre man bereits vielseitig zu zweifeln begann, wird nunmehr doch, und zwar in Königsberg gefeiert werden. Dasselbe wird im Juli abgehalten werden (im Theater und auf einem offenen Platze vor der Stadt) und zwei Tage dauern.

Breslau, 9. Mai. Auf Anlaß der Breslauer Petition in der italienischen Angelegenheit (verhandelt in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. März) ist von der Gesellschaft der gegenseitigen Civil- und Militär-Erziehung zu Mailand eine Adresse „an die hochherzigen Bewohner der Stadt Breslau" unter der Adresse des „Magistrats von Breslau" hier eingegangen.

Hannover, 9. Mai. In der gestrigen Sitzung unserer Zweiten Kammer sprach Herr von Bennigsen über die Küstenbefestigung. Er war von der Nothwendigkeit eines Küstenschutzes durchaus überzeugt, aber ebenso von der Unerläßlichkeit eines Zusammengehens mit Deutschland, mindestens zunächst mit den norddeutschen Uferstaaten, denen dann Mittel- und Süddeutschland schon nachfolgen würden. Auf eigene Hand würde Hannover sich an dieser Sache finanziell ruiniren und zwar vorzugsweise durch die nothwendige Vermehrung seiner Truppen, durch die Bildung eines hannoverschen Heeres neben dem bundesmäßigen. Die Gefahr für Deutschland hält der Redner für sehr groß und für Hannover sei sie gewachsen, seit Dänemark anfange, offen den Allianzkrieg mit Frankreich zu predigen und seit es durch sein schamloses Auftreten in Schleswig jede Hoffnung genommen habe, daß es jemals auf deutscher Seite stehen würde. Unter solchen Umständen sei die Abneigung Hannovers gegen Preußen, die seltsame Reizbarkeit gegen alles Dortige ein Wahn politischer Thorheit, vollends seit die Aussicht auch im Rückhalt gegen Oestreich entschwunden sei. Man solle frühzeitig auf Verständigung mit Preußen bedacht sein, denn sobald das isolirte Preußen mit Frankreich in Krieg gerathe, würde die militärische Besetzung der Staaten, die es umschließe, also namentlich Hannovers und Kurhessens, zur unerläßlichen Nothwendigkeit. Statt dessen gebe sich die Regierung unseres Landes einer nervösen Reizbarkeit gegen Preußen hin, unter deren Eindruck der Minister des Innern schon vom Bündnisse in dem Auslande spreche, Aeußerungen, die in ganz Deutschland das größte Aufsehen gemacht und die der Minister jetzt milder zu deuten sich vergebens bemühe. Preußen habe nie Miene gemacht, Gewalt anzuwenden, es habe nicht einmal Viel gethan, um für seinen Beruf einzunehmen, trotzdem werde es von der ganzen Regierungspresse der Mittelstaaten angefeindet, zum Beweise, daß die Entwickelung unter Preußens Vortritt den Charakter der Nothwendigkeit an sich trage. Herr von Borries versicherte in seiner Antwort, daß er die Bedeutung eines großen uns überall begrenzenden Bundesnachbars vollständig würdige, daß er die Nothwendigkeit zu gegenseitigen Konzessionen einsehe und darnach stets seine Verwaltung Preußen gegenüber eingerichtet habe. In der Küstensache wolle aber Hannover, wenn es seiner gefahrvollen Lage wegen selbstständig vorgehe, dem Bunde nicht entgegentreten, vielmehr ihm zuvorkommen. Was seine Aeußerung angeht, so beruft er sich auf die ganze Vergangenheit Hannovers, die beweise, daß ein hannoverscher Minister niemals so denken könne, wie die Auslegung seiner aus dem Zusammenhang gerissenen Aeußerung ihm zumuthen wolle. In dieser Auslegung erkennt der Minister eine der Tendenzen des National-Vereins und findet darin einen schlagenden Beweis, daß dieser Verein nichts weniger bewirken würde, als die Einigkeit Deutschlands. Herr von Bülow versuchte, dem Vorhaben

der Regierung die Absicht zu geben, als bedeute es nur eine Vorarbeit dessen, wozu der Bund nothwendig schreiten, die er also demnächst uns auch vergelten müsse, sei es durch Anrechnung oder durch Ersatz unserer Auslagen. Allein die Vertreter der Küstenstriche versprachen sich, abgesehen von den politischen Bedenken, auch von dem Befestigungsplan an sich gar keinen wahrhaften Nutzen für das Land. Diese Gründe zusammen bewirkten die Ablehnung des Regierungsantrages.

Nachträglich legten heute mehrere Mitglieder der Zweiten Kammer gegen die gestrige Abgabe der Heidelberger Erklärung Verwahrung ein, und Herr von Borries bedauerte, seine Aeußerung gemacht zu haben, nicht aber wegen ihres Inhalts, sondern weil er wider Willen der Agitation eine Handhabe damit geliefert habe. Auch kann er die Berechtigung der unterschriebenen Männer, im Namen des deutschen Volkes zu reden, nicht anerkennen.

Ludwigshafen, 5. Mai. Heute Nachmittag kamen hier die Herzoge von Aumale und Montpensier an, um mit direkten Fahrbilleten der rheinischen Bahn über die unsrige nach Basel zu reisen. Aufmerksam geworden, daß diese Route über Straßburg gehe, fuhren sie von hier auf die badische Bahn, da sie bekanntlich den französischen Boden nicht betreten dürfen. Ihr Gefolge setzte die Reise auf der Bahn des linken Rheinufers fort.

(Nürnb. C.)

München, 7. Mai. Der „Volksbote", der entschiedenste Gegner einer preußischen Hegemonie, sagt über die Aeußerung des Ministers von Borries: „In Hannover hat der Minister von Borries in der zweiten Kammer eine Aeußerung gemacht, die noch größere Entrüstung, als selbst die neulichen Berliner Reden entgegengesetzter Art hervorrufen und in der That von jedem ehrlichen Deutschen gebrandmarkt werden muß. Dieser Unglücksminister hat nämlich erklärt: . . . . Wahrlich, so wenig wir jemals eine preußische Oberherrlichkeit in welch immer Form oder unter welch immer Vorwand uns auf den Nacken setzen wollen und werden, so findet der „Volksbote" denn doch keinen Namen, der stark genug wäre, um eine solche Hindeutung auf Bündnisse deutscher Fürsten mit „auswärtigen Mächten" zu brandmarken, und er muß in der That staunen, daß ein Minister sich hat erdreisten mögen, deutschen Fürsten die Möglichkeit einer Felonie gegen Deutschland in die Schuhe zu schieben."

Oestreich.

Wien, 8 Mai. Die Nachricht von einer bevorstehenden Reise des Kaisers Franz Josef nach Paris erweist sich als eine französische Erfindung. Wie wenig man es liebt, dieses Gerücht in der öffentlichen Meinung Wurzel fassen zu lassen, dafür hat die fast demonstrative Art und Weise, in welcher die bekannte und an sich doch wohl harmlose Anekdote von einem Geschenk L. Napoleons an den Kaiser Franz Josef hier offfziell dementirt wird, genügend Beweis gegeben. Sint meine Informationen genau, so irrt man überhaupt in der Annahme, als wären die Beziehungen des österreichischen Hofes zum französischen neuerdings bessere geworden. Jenes Spiel einer Freundschaft vielmehr, hinter welcher der Gedanke eines neuen Friedensbruchs lauert, ist wohl auf beiden Seiten dasselbe geblieben, wenn auch diesseits die Resignation eine sehr starke ist und man mit zäher Geduld einen günstigen Moment erharrt. Deshalb ist selbst, wenn die durch Garibaldis Abfahrt signalisirten Feindseligkeiten zwischen Piemont und Neapel zum offenen Kriege der beiden italienischen Könige führen sollten, an eine Aktion Oestreichs zu Gunsten des Bourbonenthrones ganz gewiß nicht zu denken. In dieser Beziehung nehme ich Akt von einer Bemerkung, die mir ein neapolitanischer Diplomat gestern machte. Derselbe bekannte, wie die Dinge heute liegen, kann die neapolitanische Regierung einem Angriffe Piemonts allerdings nicht widerstehen, allein, wer kennt den Hintergedanken Napoleons, der leicht in Rom die Truppen Lamoricieres mit denen Goyons vereinigen und schließlich ein französisches Armeekorps auch diesseits der savoyischen Grenze operiren lassen kann. Ein Bonaparte die letzte Hoffnung eines Bourbon!

Schweiz.

Bern, 7. Mai. Bekanntlich hat Herr Thouvenel in seinen letzten Noten die früher schon sowohl von der französischen wie von der sardinischen Regierung aufgestellte Behauptung betont, der Vertrag von 1815 habe die Neutralität des Chablais und des Faucigny rein im Interesse Sardiniens und nicht in demjenigen der Schweiz verfügt, für welche sie blos ein Servitut sei. Herr Adolph Pictet von Genf, Sohn des Herrn Pictet von Rochemont, welcher am Wiener Kongresse die Schweiz bei den alliirten Mächten vertrat, veröffentlicht nun im Genfer „Journal" aus dem Nachlasse seines Vaters eine Reihe noch ungedruckter Originalbriefe und Aktenstücke, welche die Behauptung Thouvenels und Cavours vollkommen Lügen strafen und den unwiderleglichen Beweis liefern, daß die Schweiz damals die Neutralisation Nordsavoyens im Interesse ihrer eigenen Sicherheit verlangte, wobei von dem umsichtigen Genfer Staatsmann allerdings nicht vergessen wurde, die Maßregel gleichzeitig als auch im Interesse Sardiniens liegend darzustellen.

Frankreich.

Paris, 8. Mai. Von Louis Jourdan sollte eben eine Broschüre, die „Rheingrenze" überschrieben, erscheinen. Dieselbe wurde jedoch zurückgehalten, und Herr Dentu, der Verleger, erhielt eine Entschädigung. Der Mitarbeiter der „Siecle" und Verfasser des Schriftchens weigerte sich seinerseits, eine solche Entschädigung anzunehmen. Der Verfasser sucht in seiner Schrift nachzuweisen, daß Europa nicht ruhig sein werde, so lange die Verträge von 1815 noch in Wirksamkeit bleiben und Frankreich nicht seine sogenannten natürlichen Grenzen auf „friedlichem Wege" gewonnen haben wird.

Großbritannien und Irland.

London, 8. Mai. Die beabsichtigte Reise der Königin nach Berlin soll nicht, wie mehrere Korrespondenzen behaupteten, aufgegeben, sondern bloß auf Anfang August hinausgeschoben worden sein. — Prinz Alfred tritt heute wahrscheinlich seine Fahrt nach Madeira und dem Cap mit dem „Euryalus" wieder an, der die nothwendigen Ausbesserungen an seiner Maschine gestern vollendet hatte. — Der Prinz von Joinville ist, einer Mittheilung des „Liverpool Albion" zufolge, am verwichenen Sonnabend, unter dem Namen François d'Arc nach Boston abgereist, um sich von dort nach Brasilien zu begeben.

Rußland und Polen.

Petersburg, 4. Mai. Der „Kolokoll" (Glocke), redg. von Herz in London, kommt in so vielen Exemplaren nach Rußland, daß man fast glauben möchte, es sei wahr, was die „Fackel" erzählt, der Kaiser habe zu der Bestimmung, erstgenanntes Blatt unter Strafe nicht nach Rußland einzuführen, den mildernden Zusatz gegeben, keine polizeilichen Nachforschungen oder andere hintertreibende Maßregeln dagegen vorzunehmen. Es ist erwiesen, daß Kaiser Alexander selbst den „Kolokoll" liest und in keiner Weise die russischen Korrespondenten desselben beschränkt. — Um das Seewesen zu heben, sollen fortan in allen Häfen kleine Schiffsmanöver stattfinden, die sich für die Handhabung des Fahrzeuges und Förderung der Matrosen, Flottenoffiziere und Seesoldaten höchst praktisch erwiesen. Zu dem ersten derselben erwartet man den Großfürsten Konstantin in Kronstadt.

Warschau, 7. Mai. Der polnische Adel, der zur Zeit sich im Königreich befindet, gedenkt zum Empfange des Kaisers nach Warschau zu kommen und daselbst mit mehreren Gesuchen an ihn heranzutreten. Das nationale Selbstgefühl wird sich an den polnischen Kostümen ergötzen, in denen die besagten Herren zu erscheinen gedenken.

Provinzielles.

Stettin, den 11. Mai.

** Betriebs-Einnahmen: 1) der Bahnstrecke Berlin-Stettin-Stargard — vorbehaltlich der Feststellung durch die Kontrole —

pro April	1860	81,774 Thlr.
" "	1859	74,485 "
mithin pro April	1860 mehr	7,289 Thlr.
überhaupt pro 1860 gegen	1859 mehr	18,309 "

2) der Zweigbahn Stargard-Cöslin-Colberg

pro April	1860	19,642 "
überhaupt pro Anno	1860	65,517 "

* In Folge der bei dem Magistrat zu Güstrow geschehenen Schritte hat das großh. mecklenburg-schwerinsche Ministerium des Innern genehmigt, daß der Güstrower Wollmarkt in diesem Jahre am 22., 23. und 25. Juni gehalten werde.

* Cöslin, 8. Mai. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde die Forderung von 1000 Thlr. zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung von der Versammlung nicht genehmigt, vielmehr beschlossen, mit Errichtung einer Gasanstalt energisch vorzugehen und die Gaskommission zur Einreichung geeigneter Vorschläge aufzufordern. Wahrscheinlich werden dieselben auf Errichtung einer Aktien-Gesellschaft hinauslaufen, wie eine solche noch ganz kürzlich in Colberg zu Stande gekommen ist.

* Belgard, 9. Mai. Etwa vierzehn Tage nach Pfingsten soll hier ein Sängerfest gefeiert werden, wozu sich die Liedertafeln aus Cöslin, Colberg, Cörlin und Polzin einfinden werden. Der Sammelplatz wird im Stadtholze sein. Die Anregung soll von Cöslin ausgegangen sein.

Bublitz, 8. Mai. Wie es heißt, werden wir nächstens eine Eskadron Dragoner als Garnison erhalten. Der Stadt sind höhern Orts Bedingungen gemacht worden, welche angenommen und dadurch theilweise in Ausführung gebracht worden sind, daß die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung am 30. v. M. beschlossen haben, eine unfern von der Stadt liegende zu einem Vorwerk gehörige Ackerfläche von etwa 60—70 Morgen Acker anzukaufen und in einen Exerzierplatz umzuwandeln. Da diese Fläche meistens aus Sandboden besteht, so würde der Morgen etwa 10 Thaler kosten, und wie man hört, will der Besitzer, mit dem man bereits in Unterhandlungen getreten, auch nicht mehr dafür beanspruchen. Der vor 20 Jahren bei der Separation abgemarkte Exerzierplatz enthält nur eine Fläche von etwa 16—17 Morgen. Derselbe stößt an die Gärten der Stadt, ist in kleinen Parzellen verpachtet und bringt gegenwärtig einen Pachtzins von 8—10 pCt. der ganzen Kaufsumme der erstgenannten größern Fläche. Zu dem Militär-Lazareth beabsichtigt man ein Haus zu miethen. Entsprechende Stallung für die Pferde soll hinlänglich vorhanden sein; auch fehlt es nicht an Quartieren für die Mannschaften. Eine Reitbahn zu bauen hat die Stadt ebenfalls bewilligt.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 10. Mai. (W. T. B.) Das heutige „Dresdner Journal" enthält einen Korrespondenzartikel aus Wien, welcher die Stellung Oestreichs zur Konferenzfrage beleuchtet. Da Frankreich, heißt es in demselben, entschlossen sei, den Forderungen der Schweiz trotz der Unterstützung der Mächte nicht nachzugeben, so würde das Zustandekommen der Konferenz nur ein neuer Triumph der französischen Politik sein. Geringe Zugeständnisse, zu denen Frankreich erbötig, könnten der Schweiz auf diplomatischem Wege verschafft werden. Sollte aber England dennoch die Meinung festhalten, eine Konferenz könne Besseres für die Schweiz erreichen, so sei Oesterreich bereit gleich anderen Mächten dieselbe zu beschicken.

Bern, 10. Mai. (W. T. B.) Auf eine Anfrage Englands, ob es wahr sei, wie es die französische Regierung der englischen versichert habe, daß Preußen, Oesterreich und Rußland der Schweiz gerathen hätten, sich wegen der savoyischen Frage mit Frankreich direkt zu ordnen, und nach dem Frankreich selbst fortgefahren, zu Separatverhandlungen zu verlocken, erklärte der Bundesrath, daß die französischen Behauptungen grundlos seien. Der Bundesrath beharrt auf Berufung einer Konferenz und hat die Vertreter der Eidgenossenschaft im Auslande zu gleichen Erklärungen beauftragt.

* **Turin**, 8. Mai. Der König ist gestern Abend nach Turin zurückgekehrt und von der Bevölkerung auf das wärmste empfangen.

Paris, 9. Mai. (H. N.) Graf Montemolin wird sich während 3 Monate in Paris aufhalten.

* **Marseille**, 8. Mai. Man hat keine neuen Nachrichten aus Sicilien erhalten. Briefe aus Neapel vom 5. versichern, daß die Insurrektion im Innern der Insel fortdauert. Die Regierung hat den Belagerungszustand von Palermo aufgehoben, doch bleibt das Kriegsgericht in Permanenz. Der Handel stockt gänzlich. General Salzano hat 5000 Mann Verstärkung wegen der gefürchteten Landung Garibaldi's verlangt. Der Sekretär des Grafen von Syrakus ist ausgewiesen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Mai. Witterung: schönes Frühlingswetter Temperatur + 14°. Wind: NO.

Am heutigen Landmarkt bestand die Zufuhr aus: 1 W. Weizen, 3 W. Roggen, 1 W. Gerste, 2 W. Hafer, — W. Erbsen. — Bezahlt wurde für: Weizen 70—76 Rt., Roggen 50—52 Rt., Gerste 38—43 Rt., Erbsen 50—54 Rt., alles pr. 25 Schfl.; Hafer 30-32 Rt. pr. 26 Schfl.

An der Börse:

Weizen unverändert, loco pr. 85pfd. gelber 75 Rt. bez., vorpomm. Abladungen $76\frac{1}{2}$ Rt. bez, pr. Frühjahr 85pfd. gelber inländ. $75\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{5}{8}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juni-Juli 76 Rt. Gd., Juli-August $76\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Roggen billiger gehandelt, loco pr. 77pfd. $47\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr 48, $47\frac{3}{4}$ Rt. bez. Mai-Juni 47, $47\frac{1}{4}$, $46\frac{5}{6}$, $46\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juni-Juli $46\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juli-August 47 Rt. Br., September-Okt. 46 Rt. bez.

Gerste, loko 70pfd. 40 Rt. bez.

Hafer loko 50pfd. $30\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Rüböl unverändert, loko $11\frac{1}{3}$ Rt. Br., Mai-Juni $11\frac{1}{4}$ Rt. bez. und Br., September-Oktober 12 Rt. bez.

Leinöl loko inkl. Faß $10\frac{5}{12}$ Rt. Br.

Spiritus behauptet, loko ohne Faß $17\frac{17}{24}$, $\frac{2}{3}$ Rt. bez., mit Faß $17\frac{17}{24}$ Rt. bez., Frühjahr und Mai-Juni $17\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Gd., $17\frac{5}{6}$ Br., Juni-Juli $18\frac{1}{12}$ Rt. Gd., $18\frac{1}{6}$ Br., Juli-August $18\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., August-Septbr. $18\frac{2}{3}$ Rt. Gd., $18\frac{3}{4}$ Br., Septbr.-Oktober do.

Danzig, 10. Mai. Weizen rother 127.129—132pfd. nach Qualität von 81—$82\frac{1}{2}$—85—86 sgr., bunter, dunkler und glasiger 127—128—31—33pfd. von 82—83—$87\frac{1}{2}$—89 sgr., feinbunt, hochbunt, hellglasig und weiß 130.32—133.35pfd. von $87\frac{1}{2}$—90—$92\frac{1}{2}$—95 sgr. alt und extra fein hochbunt 134—6pfd. bis 96—$97\frac{1}{2}$ sgr. — Roggen 56—$55\frac{1}{2}$ sgr., pr. 125pfd. und für jedes Pfund mehr oder weniger $\frac{1}{2}$ sgr. Differenz. — Erbsen von 55—56—59—60 sgr., extra feine $62\frac{1}{2}$—64 sgr. — Gerste kleine 105.8—110.2 pfd. von 45 47—48—49 sgr., große 110.14—116.20pfd. von 48.51—53.58 sgr. Cavalier bis 60 sgr. — Hafer von 30—33—34 sgr., sehr schöner bis 35—36 sgr. — Spiritus $18\frac{1}{6}$—$\frac{1}{4}$ Rt. pr. 8000pCt. Tr. bez.

Wetter: warme Luft, etwas bedeckter Himmel. Wind NW.

Posen, 10. Mai. Roggen bei geringen Umsätzen etwas niedriger bezahlt, schließt etwas fester, pr. Mai $45\frac{1}{3}$ Gd., Mai-Juni $45\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli $45\frac{1}{6}$ Geld, pr. Juli $45\frac{1}{2}$ Rt. Geld.

Spiritus (pr. 8000 pCt. Tralles) ebenfalls etwas blliger bei schwachem Verkehr, gekündigt 6000 Quart, mit Faß pr. Mai $17\frac{5}{12}$ bez., pr. Juni $17\frac{13}{24}$ Rt. bez., $\frac{7}{12}$ Rt. Br. u. Gd., pr. Juli $17\frac{5}{6}$ Br., $\frac{3}{4}$ Gd., pr. August 18 Rt. Gd.

Hamburg, 10. Mai. Getreidemarkt. Weizen loko unverändert und ruhig; ab Auswärts mehr angetragen. — Roggen loko stille, ab Auswärts unbeachtet — Oel pr. Mai $24\frac{1}{4}$, pr. Oktober 26. — Kaffee unverändert und ruhig. Zink unverändert.

Paris, 10. Mai. Die 3% eröffnete zu 70, 70, fiel auf 70, 65, hob sich als höhere Coursnotirungen von Mittags 12 Uhr $95\frac{3}{4}$ eingetroffen waren, auf 70, 75 und schloß wenig fest bei geringem Umsatz zur Notiz. — Schluß-Course: 3 pCt. Rente 70, 89. $4\frac{1}{2}$ pCt. Rente 96, 15.

London, 10. Mai. Silber $61\frac{5}{8}$. Consols $95\frac{3}{8}$. 1% Spanier $37\frac{1}{2}$. Mexicaner $21\frac{5}{8}$. Sardinier $85\frac{1}{2}$. 5% Russen 108. $4\frac{1}{2}$ % Russen $97\frac{1}{2}$.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 11. Mai. Staatsschuldscheine $83\frac{5}{8}$ bez. Prämien-Anleihe $3\frac{1}{2}$pCt. $113\frac{1}{2}$ bez. Berlin-Stettiner $99\frac{1}{2}$ Br. Stargard-Posener $79\frac{3}{4}$ bez. Oestr. Nat.-Anl. $59\frac{3}{4}$ bez. Diskonto-Commandit-Anth. $81\frac{3}{4}$ bez. Franz. Oest. Staats-Eisenbahn-Aktien 135 Br. Wien 2 Mon. $74\frac{3}{8}$ bez. Hamburg 2 Mon. — bez. London 3 Mon. — bez.

Roggen pr. Frühjahr $49\frac{3}{4}$ bez., $50\frac{1}{2}$ Gd., pr. Mai-Juni $49\frac{1}{2}$ bez., 50 Gd., pr. Juni-Juli $49\frac{1}{4}$, $49\frac{7}{8}$ bez.

Rüböl loco $11\frac{1}{12}$ bez., pr. Mai $11\frac{1}{12}$ bez., $11\frac{1}{6}$ Br. Juni-Juli $11\frac{1}{4}$ bez., pr. September-Oktober $11\frac{11}{12}$, 12 bez.

Spiritus loco pr. 8000 pCt. $18\frac{1}{3}$ bez., Mai-Juni $18\frac{1}{8}$ bez., $18\frac{1}{6}$ Gd., Juni-Juli $18\frac{1}{4}$ bez., $\frac{1}{3}$ Gd., Juli-August $18\frac{2}{3}$, $18\frac{3}{4}$ bez.

Stettiner Börse vom 11. Mai 1860.

Berlin	kurz	100 B	Pomerania	...	107 B
"	2 Mt.	$99\frac{1}{3}$ B.	Union	...	101 G
Hamburg	6 Tag.	$150\frac{3}{4}$ bz u B	St. Börsenh.-		
"	2 Mt.	$150\frac{1}{4}$ B	Obligationen	...	—
Amsterdam	8 Tag.	— G	St. Schausp.-		
"	2 Mt.	— bz u B	Obligationen	...	—
London	10 Tg.	6 20 B u bz	St. Speich.-A.	...	— B
"	3 Mt.	6 $17\frac{1}{2}$ B	V.-Speich.-A.	...	— B
Paris	10 Tg.	$79\frac{1}{3}$ B	Pomm. Prov.-		
"	2 Mt.	79 B u bz	Zuckers.-Act.	...	1800 G
Bordeaux	10 Tg.	— B	N. St. Zucker-		
"	2 Mt.	79 B	Sied.-Actien	...	500 B
Bremen	8 Tg.	— B	Mesch. Zuck.-		
"	3 Mt.	—	Fabrik-Anth.	...	— B
St. Petersbg.	3 Woch.	—	Bredower do.	...	—
Wien	8 Tag.	— B	Walzmühl-A.	...	— G
"	2 Mt.	—	St.Portl.Cem.		
Frw. St.-Anl.	$4\frac{1}{2}$	—	Fabrik	...	100 B
Staats-Anl.	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{2}$ B	Pom.Chauss.-		
" "	5	$104\frac{1}{2}$ B	bau-Obligat.	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	84 B	Stett. Dampf-		
Pr. Präm.Anl.	$3\frac{1}{2}$	— B	Schlepp-Ges.	...	800 B
Pomm.Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	87 bz	Stett. Dampf-		
" Rentenbr.	4	—	schiffs-Ver.	...	220 B
Ritt. P.P.B.A.			N. Dampf.-C.	...	88 B
à 500 Rtl.	...	— B	Germania	...	$93\frac{1}{2}$ G
Berl.-St. Eisb.			Vulcan	...	48 B
Act. Lit. A. B.	4	—	Stett. Dampf-		
" Prior.-	$4\frac{1}{2}$	—	mühlen-Ges.	4	60 B
" "	4	—	Pommerensd.		
Starg.-P. E.A.	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik	...	103 B
" Prior.-	3	—	Chem.F.-Ath.	...	500 B
" "	$4\frac{1}{2}$	— G	Stett. Kraft-		
Stett.Stdt.-O.	$4\frac{1}{2}$	— B.	Dünger-F.-A.	...	45 B
St. Str.-V.-A.	...	100 G	Used. - Woll.		
Pr. Nat.-V.-A.	4	99 B	Kreis-Oblig.	5	— B
Pr. Sec-Ass.-			Greifenhagen		
Comp.-Act.	...	650 B	Kreis-Oblig.	5	—